

Danziger Zeitung.



Nr. 18959.

1891.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Kettnerhagergasse Nr. 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal 3,50 Mk., durch die Post bezogen 3,75 Mk. — Interne Kosten für die sieben-gespaltene gewöhnliche Schriftzeile oder deren Neum 20 Pf. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inserationsanträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Philadelphia, 20. Juni. (W. L.) Die Jury hat heute ihr Verdict in dem Prozeß der Firma Meyer u. Dickinson gegen die Regierung zu Gunsten der Aläger abgegeben. Die Aläger verlangen Rückerstattung der ungerechter Weise erhobenen Zölle auf Posamentenwaren und Hülle. Die Jury gewährte den Alägern 623 Dollars Rückzahlung. Der Vertreter der Regierung erklärte, er werde Berufung gegen den Ausspruch der Jury einlegen. Würde derselbe aufrecht erhalten, so wäre die Regierung zur Rückerstattung von 20 bis 30 Millionen Dollars für erhobene Eingangsölle verpflichtet.

Politische Uebersicht.

Danzig, 20. Juni.

Beim Schlusse des Landtags.

Geben lange Monate hat diesmal der Landtag getagt. Während aber das Abgeordnetenhaus die Zeit benutzt hat, und auf die beispiellos lange Reihe von 108 Plenarsitzungen zurückblicken kann, hat das Herrenhaus nur 28 Plenarsitzungen abgehalten und sich auch dabei noch so behaglich viel Zeit genommen, daß es schließlich den Schluss der Session noch ganz überflüssiger Weise verzögert hat.

Die Session ist reich an Ergebnissen, an deren Spitze die neuen Einkommensteuergesetze und die Landgemeindeordnung stehen. Ob zu den Früchten der Session auch noch die sauerlische des Wildschadengesetzes kommt, das wird erst heute noch entschieden. Die Commission des Herrenhauses hat gestern das Wildschadengesetz beraten. In § 4 wurde der vom Abgeordnetenhaus gestrichene Satz der Herrenhausbeschlüsse: „Wildschaden wird nicht vergütet, wenn Gärten, Baumhäuser, Pflanzen, Gärten nicht vollständig eingefriedigt sind“, mit 7 gegen 4 Stimmen wiederhergestellt. Mit der gleichen Stimmenzahl wurde die Verpflichtung der Aufsichtsbehörden zur Aufhebung der Schonzeit für Roth- und Damwild von dem Nachweis erheblichen Schadens abhängig gemacht. In § 18 wurde die früher beschlossene, vom Abgeordnetenhaus abgelehnte Bestimmung: „Auf bestehende Jagdpachtverträge, in welchen seitens des Pächters eine Wildschadenvergütung übernommen ist, findet das dem Pächter gewährte Ründigungsrecht keine Anwendung“ wiederhergestellt. In dieser Fassung wurde der Gesetzentwurf mit 8 gegen 4 Stimmen angenommen.

Diese Beschlüsse der Herrenhaus-Commission sind an sich nicht von Bedeutung. Wer das Gesetz, wie es das Abgeordnetenhaus beschlossen hat, gutzuheissen gewillt ist — gewissermaßen als einen ersten, wenn auch nicht völlig genügenden Schritt auf dem Wege zur Anerkennung der vollen Ersatzpflicht des Jagdlustigen —, der kann sich kaum daran stoßen, daß die Zeichnung noch um einige Striche dunkler ausfällt. Wenn das Plenum des Herrenhauses die von der Commission beschlossenen Abänderungen gutheizt, so würde das eine Verständigung sachlich nicht in Frage stellen. Aber — das ist kein Geheimnis — das Abgeordnetenhaus ist seit einigen Tagen nur noch eine Ruine, so daß es nur ein Hazardpiel sein würde, von der Zusammenfassung der Handvoll Mitglieder, die jetzt noch Abgeordnetenhaus spielen, den Beschluß über das Zustandekommen oder das Scheitern des Wildschadengesetzes abhängig zu machen. Schön vorgestern hat das „Haus“ in verständiger Bescheidenheit alle Commissionsberichte von sachlicher Bedeutung von der Tagesordnung abgesetzt und nach dem gestrigen freien Tage ist an eine bessere Belebung für heute um so weniger zu denken, als so manche Mitglieder, im Anger über die angekündigte Hinauschiebung des Schlusses bis Montag, abgereist sind. Das Herrenhaus, in dem man immer über schlechte Behandlung klagt, hat dieses Mal seine Revanche genommen; das Abgeordnetenhaus hätte schon vor acht Tagen nach Hause gehen können, wenn es den „Herren“ gefallen hätte, etwas früher wieder in Berlin zu erscheinen. Man ist, schreibt uns unser Berliner Correspondent, über diese Rücksichtslosigkeit um so ärgerter als das Abgeordnetenhaus seit dem 12. November v. J., — von den kirchenfestlichen Ferien abgesehen, — in continuirlicher Thätigkeit gewesen ist, während das Herrenhaus nur von Zeit zu Zeit Gaftrollen gegeben hat. Das Abgeordnetenhaus hält, wie schon gesagt, die 108. Sitzung; das Herrenhaus die 28. Das sagt alles. Wenn unter diesen Umständen dem Herrenhaus wirklich daran liegt, das Wildschadengesetz zu Stande zu bringen, so wird es gut thun, von jeder Abänderung der Beschlüsse des andern Hauses abzusehen. Freilich sind in der Commission die Abänderungen mit 7 gegen 4 Stimmen, also gegen eine starke Minorität beschlossen worden; aber man muß doch bedenken, daß die Commission des Herrenhauses fast ausschließlich aus Jagdfreunden ersten Ranges besteht. Um so mehr redet man darauf, daß das Plenum, in dem auch die weniger interessanten Worte kommen, die Beschlüsse des Abgeordnetenhauses pure annehmen werde. Andererseits würde, da die Sitzung des Herrenhauses um 10, die des Abgeordnetenhauses um 12 Uhr beginnt, eine Verständigung zwischen den beiden Häusern auch dann nicht ausgeschlossen sein, wenn das Herrenhaus den Beschlüssen seiner Commission beitritt.

Jedensfalls steht jetzt fest, daß mag aus dem Wildschadengesetz etwas werden oder nicht, der Schluss der Session heute Nachmittag 3 Uhr er-

solt. Bisher wurde angenommen, daß der Kaiser die Session zu schließen beabsichtigte. Aber seit dem gestern Vormittag abgehaltenen Ministerrat kursirt das schon in unseren Telegrammen erwähnte Gerücht, daß der Kaiser, um die Abgeordneten nicht noch bis Montag hier zurückzuhalten, diese Absicht aufgegeben habe und daß der Schluss der Session in gewohnter formloser Weise in einer gemeinsamen Sitzung beider Häuser am unteren Ende der Leipziger Straße, im Sitzungssale des Abgeordnetenhauses durch den Ministerpräsidenten vollzogen werden solle. Dann wird es aber auch keine Thronrede geben, auf deren Inhalt man freilich angesichts der bekannten Reibungen etwas neugierig zu sein veranlaßt.

Miquel und Maybach.

Die Herrn Miquel nahestehenden Kreise haben bekanntlich, und sogar in freisinnigen Zeitungen, gegen die Unterstellung protestiert, als ob der Rücktritt des Herrn v. Maybach in irgend einem Zusammenhange mit Meinungsverschiedenheiten stände, welche zwischen ihm und dem Finanzminister hervorgetreten sind. Nachdem Herr Miquel gestern im Herrenhause in so beweglicher Weise über die in zu großem Maße bestehende Verquichung der Eisenbahnverwaltung mit der allgemeinen Finanzverwaltung Alage geführt und Minister Maybach diese Verquichung auf das sogenannte Eisenbahn-Garantiegesetz zurückgeführt hat, wird der Zusammenhang der Dinge nachgerade auch dem Zweiselnden klar werden. Heute findet sich in der „Königl. Zeit.“ eine aus Berlin stammende Mitteilung, in der wiederum bestritten wird, daß die Ernennung des Directors des Eisenbahnbetriebsamts zu Braunschweig, Lohmann, zum vortragenden Rath im Finanzministerium für Eisenbahntarifssachen eine Neuerung sei. Nachdem gegen Herrn v. Scholz der Vorwurf erhoben worden, daß er der Eisenbahnverwaltung gegenüber das Interesse der Finanzen nicht genügend gewahrt habe, heißt es weiter:

„Herr v. Maybach hat in Eisenbahntariffssachen viel zu freie Hände gehabt, er hat seine große Betriebsverwaltung vorwiegend nur vom Standpunkt des Fachministers ausgeführt, er hat an allen Enden und Stellen gespart, um möglichst hohe Überschüsse in den allgemeinen Staatsbüchern abzuführen, und das Ergebnis ist, daß jetzt sowohl sein Nachfolger wie der Finanzminister die größten Schwierigkeiten haben werden, die vorhandenen bedeutenden und vielseitigen Mängel zu beheben. Das Finanzministerium hat nicht das geringste Interesse daran, in einzelnen Jahren große Überschüsse aus dem Staatsbahnbetrieb zu erhalten; es hat sein Hauptinteresse vielmehr auf Stetigkeit und Regelmäßigkeit der Reineinnahmen zu legen. In den lehrlingslosen Jahren sind auf vorübergehende hohe Überschüsse laufende laufende Ausgaben bewilligt worden, und jetzt, wo die Überschüsse ausbleiben(!) hapert es an allen Enden. Die Frage, ob größere Ausgaben für die Ergänzung der Betriebsmittel etwa aus den Betriebsmitteln oder aus Anleihen, also durch Belastung der Gegenwart oder Zukunft genommen werden sollen, ist für den Fachminister eine nebenächliche, für den Finanzminister und für das Staatsministerium dagegen von durchschlagender Bedeutung. Nicht minder ist es erforderlich, daß bei allen größeren Bauten und bei allen wesentlichen Tarifänderungen, soweit sie in nennenswerther Weise auf das Gelbergebnis einwirken können, der Finanzminister und das Staatsministerium ihre Genehmigung zu erteilen haben...“

Die mehr in solchen Fragen den betreffenden Vertreter der Finanzinteressen ein vom Fachminister unabhängiger, fachkundiger Beirath sieht, um so wahrscheinlicher ist, daß die Mitwirkung der Finanzverwaltung in solchen Fragen eine ablehnende und den Fortschritt hindern könnte. Je mehr aber ein solcher fachkundiger Beirath auch die allgemeinen Finanzinteressen zu beeinflussen hat, um so höher wird die Wahrscheinlichkeit, daß diejenigen Fortschritte auch im Finanzministerium eine kräftige Förderung und nicht selten sogar eine frische Anregung finden werden, welche zwar vorübergehend Mindereinnahmen, auf die Dauer aber größere Überschüsse in sichere Aussicht stellen. Die letzten Jahre haben zur Genüge bewiesen, daß eine gar zu große Vereinzelung des Fachministers innerhalb des Staatsministeriums trotz anscheinend hoher Überschüsse zu recht bedenklichen Ergebnissen führen kann. Ein Bruch mit der Vergangenheit in dieser Hinsicht wird keinesfalls zu befürchten sein.“

Angesichts dieser im Finanzministerium herrschenden Auffassung ist es begreiflich, daß Herr v. Maybach mit Rücksicht auf seine Gesundheit auf den Kampf verzichtet und freiwillig zurücktritt.

Der Schluss der Staatsberatung in der gestrigen Sitzung des Herrenhauses, der in den Telegrammen unserer heutigen Morgenausgabe bereits kurz skizziert ist, war zwar nicht gerade von politischer Bedeutung, bot aber doch dem aufmerksamen Zuhörer Gelegenheit zu manchen interessanten Beobachtungen. In einer Erwiderung auf Anregungen des Oberbürgermeisters Struckmann, den Gemeinden die Erhaltung höherer Schulen zu erleichtern, verleugnete der Cultusminister ganz resolut das dem Schullastengesetz u. dergl. Elaboraten zu Grunde liegende Prinzip, Staatszuschüsse nach den Prozentsätzen der Gemeindeleistungen zu bemessen, anstatt nach Leistungsfähigkeit der Communen. Jener Grundsatz bedeutet: reichen Gemeinden Vortheile auf Kosten der armen zuwenden. Das ist auch ein neuer Cours. Dem Frhrn. v. Duran, der den Wunsch aussprach, das Koch'sche Institut für Infektionskrankheiten zur Berücksichtigung der Homöopathie zu veranlassen, gab Graf Leditzky, der nicht ganz Sachkenner zu sein behauptete, um selbst zu urtheilen, den guten Rath, sich mit Professor Koch in Verbindung zu setzen — was im Herrenhause eigentlich reglementswidrig „Heiterkeit“ hervorrief, worauf Graf Leditzky rasch einlenkte und den homöopathischen Freiherren mit einigen wohlgewählten Worten beruhigte. Nebenbei sprach der Minister

— ganz im Gegensatz zu den bekannten Goslerischen Dithyramben über das Koch'sche Heilmittel — die Hoffnung aus, daß nach der Reinardstellung des in demselben wirk samen Stoffes, mit welcher Koch in einigen Wochen zu Stande zu kommen hoffe, auch die Heilkraft des Mittels festgestellt werde; aber das sei eben nur eine Hoffnung. Die kurze Verhandlung über den Berliner Dombau war so recht charakteristisch für das Herrenhaus. Der Referent v. Pfuel

hatte sogar den Erlaß Kaiser Wilhelms I. vom 21. März 1867 wieder hervorgesucht und verlas denselben mit immer erneuter Bezugnahme auf den unvergleichlichen Kaiser. Graf v. Zieten-Schwerin hielt die Heilung des kirchlichen Notstandes in Berlin für dringend; wie Herr v. Pfuel von dem unvergleichlichen Kaiser sprach er immer wieder von den „trostlosen Zuständen“ Berlins, denen die Regierung nicht ernst zu Leibe gehe, worauf Graf Leditzky die von den regierenden Kaisers Majestät begonnenen, geförderten und vollendeten 23 Kirchen ins Feld führte. Stöckianer ist Graf Leditzky auf alle Fälle nicht. Den Schluss bildete die Beratung des Antrags Bräutke, des jetzigen Vertreters von Bromberg, früher bei der Ostbahnverwaltung — der Staffellarie verlangte, um das Getreide aus den östlichen Provinzen im Westen konkurrenzfähig zu machen. Geh. Rath Fleck hatte keine eisenbahntechnischen, wohl aber finanzielle und wirtschaftliche Bedenken, schlug aber dem Hause, um der Sache ein Ende zu machen, vor, den Antrag der Regierung „als Material“ zu überweisen, was denn auch unter zögernder Zustimmung des Agrariersführers Grafen Mirbach geschah.

Die Vorarbeiten für die Theilnahme des Reichs an der Welt-Ausstellung in Chicago sind soweit gefördert, daß nach nunmehr erfolgter Übersendung der Programme und Anmeldebogen an die Handels- und Gewerbekammern, sowie an die Kaufmännischen und gewerblichen Vereine die Beteiligung der einzelnen Industriezweige bereits der eingehenden Erwähnung unterliegt. Aus den bis jetzt vorliegenden Aeußerungen ist zu ersehen, daß die wichtigen Interessen, welche durch Deutschlands Beteiligung an der Ausstellung gepflegt werden, in den maßgebenden Kreisen der Kunst und des Gewerbes volle Würdigung finden. Deutschland ist bekanntlich im letzten Jahre mit rund 100 Millionen Dollars an der Einfuhr nach den Vereinigten Staaten an der Einfuhr nach den Vereinigten Staaten beteiligt gewesen, empfängt von den letzteren Güter in nahezu gleichem Werthe und nimmt in der Reihe der für den Handel mit den nordamerikanischen Union in Betracht kommenden Länder die zweite Stelle ein. Es gilt aber nicht allein diese Stellung zu festigen, sondern auch den Südamerikanischen, australischen und ostasiatischen Ländern, welche sicherlich zahlreiche Vertreter nach der Ausstellung entsenden werden, die Erzeugnisse deutscher Industrie und Kunst in möglichster Vollendung zu zeigen. Daß auch dieser Gesichtspunkt bei der Entstehung der beteiligten deutschen Kreise ins Gewicht fallen wird, steht anzunehmen.

Sobald der Umsang der Beteiligung annähernd sich erkennen läßt, also etwa zu Beginn des Herbstes, wird der Zeitpunkt gekommen sein, daß der Reichs-Commission mit den namhaftesten Vertretern der Industrie behufs Bildung von Comités sich im persönlichen Benehmen setzt. Auch beabsichtigt der Vertreter der Reichsregierung, wie wir hören, gegen Ende dieses Jahres sich auf einige Wochen nach Amerika zu begeben, um dort die ersten Vorbereitungen für die Gestaltung der deutschen Abtheilung zu treffen und insbesondere auf die Zuweisung der geeigneten Räumlichkeiten hinzuwirken.

Internationaler Socialistencongres in Brüssel. In den vorbereitenden Wahlen zum internationalen Socialisten-Congres in Brüssel, welche dieser Tage in den großen Industriestädten stattfanden, trat deutlich zu Tage, wie wenig die deutschen Socialisten geneigt sind, eine zahlreiche Vertretung ihrer Partei nach Brüssel zu schicken. Es muß eben gespärt werden, da Mangel an Geldmitteln sich fast überall fühlbar macht. Für das ganze Königreich Sachsen werden höchstens vier Delegirte erscheinen, alles in allem wird sich nur ein Häuflein von 20 bis 30 deutschen Delegirten zusammenfinden, darunter verhältnismäßig viele Redactoren von Parteiblättern. Die amerikanischen Socialisten haben augenblicklich mit sehr vielen inneren Streitigkeiten zu kämpfen, die Bewegung in Amerika ist stark herunter, so daß man dem Congres in Brüssel nur ganz geringes Interesse entgegenbringt; ebenso liegen die Verhältnisse in der Schweiz. In Österreich haben die „Genossen“ keine Fortschritte gemacht, in den Industriestädten Böhmen ist seit dem 1. Mai 1890 notorisch die Bewegung stark ins Stocken geraten, so daß also auch von österreichischer Seite nur auf eine ganz spärliche Beteiligung zu rechnen ist. Die Dänen, Schweden verspüren wenig Lust, sich an den Phrasen à la Paris zu berauschen, die „französischen Genossen“ sind mit kleineren und größeren Streiken beschäftigt. Das „socialistische Weltparlament“ in Brüssel wird gegen das in Paris sich recht bescheiden ausnehmen, zumal da auch in Belgien selbst sich gegen die Leiter der Bewegung, Bolders, Ansele, eine starke Missstimmung der radicalen Elemente geltend macht. Von der gehobenen Stimmung, mit der die Socialisten sich in Paris zusammenfanden, ist nirgends etwas zu merken, in wenigen Tagen wird in Brüssel die Tagesordnung, die neue und wesentliche Punkte nicht enthalten, erledigt sein; das zweite socialistische Weltparlament

wird der Bewegung schwerlich neue Impulse geben.

Die Kosten des irischen „Feldzugsplans“.

Die folgenden Zahlen geben ein annäherndes Bild von den ungeheuren Ausgaben, welche der irische „Feldzugsplan“ verursacht hat. Es waren für denselben 80 000 £str. in Irland, 30 000 £str. in Australien und 10 000 £str. in anderen Ländern, zusammen 120 000 £str. gesammelt worden. Davon wurden für Prozeßwege 47 000 £str. für Baugelder in New-Zealand 40 000 £str. und andere Zwecke 3000 £str. zusammen 90 000 £str. verausgabt. Eine Summe von 3000 £str. wird als „schlecht“ aufgeführt und kann nicht verrechnet werden. Der Rest von 27 000 £str. ist an die Pächter gezahlt worden, wieder jedoch mit Abzug einer Summe von 300 £str. per Jahr, welche an den Inhaber einer bedeutenden „Feldzugsfarm“ gezahlt worden ist. Finanziell ist der „Feldzugsplan“ also ein kostspieliger Misserfolg gewesen.

Gewaltmaßregeln in Chile.

Der Präsident Balmaceda operirt mit immer gewaltfesteren Mitteln. Amtliche Mitteilungen aus Chile bestätigen, daß die Deputirtenkammer ein Gesetz angenommen hat, welche den Präsidenten Balmaceda ermächtigt, eine Zwangs-Anleihe von 20 Millionen Dollars zu dem Zwecke zu emittieren, die Niederwerfung des Aufstandes fortzusetzen. Ein Befehl des Executiv-Comites hat in Santiago die Circulation von Fuhrwerken in den Straßen der Stadt nach Mitternacht bei erheblicher Strafe untersagt; andere Erlasse verbieten die Ansammlung von mehr als drei Personen in den Straßen und die Vorstellungen in den Theatern bis auf weiteres. Ferner hat der Congress die öffentliche Versteigerung von allem in dem Staatschase als Metalldeckung für den Umlauf von Papiergelehrten Gold geheimt.

In Paris eingegangene offizielle Meldungen aus Santiago folge bleibt das am 7. d. Mts. veröffentlichte Gesetz, welches dem Präsidenten Balmaceda außerordentliche Vollmachten erteilt, bis zum 30. September in Kraft.

Der chilenische Gesandte in Paris soll, wie von mehreren Seiten versichert wird, aus Gesundheitsrücksichten seine Demission eingereicht haben. Sein Nachfolger würde Godoy werden. Die Vertretung Chiles in Berlin und London würde der Finanzsecretär der hiesigen Gesandtschaft Morla Vicuna übernehmen.

Das neue japanische Ministerium.

Die letzten Postnachrichten aus Japan enthalten ausführliche Berichte über die Beilegung der Ministerkrise, welche nach dem Schluss der ersten Session des japanischen Parlaments eingetreten war. Einige der hervorragendsten Vertreter der Regierung, darunter der Premierminister Graf Yamagata und der Minister des Auswärtigen, Graf Hoshi, sind aus dem Cabinet ausgetreten. Der neue Premier ist der bisherige Finanzminister, Graf Matsugata, welcher das Finanzportefeuille auch jetzt beibehält. Minister des Auswärtigen ist Graf Enomoto, ein Marineoffizier, welcher in dem Krieg von 1868 gegen seine jetzigen Collegen gekämpft hat. Er vertrat Japan später an den Höfen von Russland und China und bekleidete verschiedene hohe Stellungen, so auch die des Marineministers. Der frühere Premier, Graf Ito, ist zum Präsidenten des Conseils ernannt worden. Einige Staatssekretäre wurden mit der Leitung ihrer betreffenden Departements betraut. Das neue Cabinet ist kein besonders starkes und es enthält nicht ein einziges Mitglied von Bedeutung. Graf Ito allein ausgenommen, dessen Stellung jedoch keine einflußreiche ist und welcher dieselbe nur aus persönlicher Gefälligkeit gegen den Kaiser als aus anderen Gründen angenommen hat. Von ihm abgesehen, hält sich jeder Staatsmann von Ansehen dem Ministerium fern. Die früheren Premiers Aurora und Yamagata und Inouye und Okuma, die beiden größten Minister des Auswärtigen, welche Japan in den letzten 20 Jahren gehabt hat, glänzen durch ihre Abwesenheit in demselben Fast scheint es, als ob sie dem Parlament nicht ganz trauten und erst abwarteten wollten, wie sich das große Experiment bewähren werde. Die Demission des Ministers des Auswärtigen und der dann erfolgte Sturz des früheren Cabinets sollten nach allgemeiner Ansicht das Aufgeben der geplanten Vertragsrevision nach sich ziehen, an welcher Stelle so viele gute Namen Schiffbruch erlitten haben. Es verlautet jedoch, daß das neue Cabinet ohne Verzug die Verhandlungen eröffnen will.

herrenhaus.

27. Sitzung am 19. Juni.

Die Beratung des Staats wird bei der Beratung des Staats des Cultusministeriums fortgesetzt.

Oberbürgermeister Struckmann: Der Finanzminister sagte gestern, daß es nicht münchenswert wäre, daß die höheren Unterrichtsanstalten von den Communen auf den Staat übergingen, und ich stimme dem vollkommen bei. Die Communen entledigen sich ihrer Anstalten aber hauptsächlich deshalb, weil ihnen die Freude an denselben dadurch genommen wird, daß die Staatsverwaltung durch ihre weitgehende Reglementierung die Unabhängigkeit der Commune in Bezug auf das höhere Schulwesen gar zu sehr eingeschränkt hat. Das gilt nicht nur von den Communalanstalten, zu denen der Staat Aufsätze leistet, sondern auch von solchen, bei denen die Communen die ganzen Kosten allein tragen. Cultusminister Graf Leditzky: Es ist durchaus nicht das Prinzip der Regierung, die Schulen allgemein zu verstaatlichen, sondern die Verstaatlichung ist stets auf den dringenden Wunsch der Communen zurückzuführen. Eine volle Decentralisierung und eine volle Freiheit in dem Lehrstoff u. dgl. kann die Regierung den Städten

jedoch aus Gründen allgemeinen Interesses nicht zugehen. Empfehlen würde sich für die einzelnen Städte zur Aufrechterhaltung der Eigenthümlichkeiten der Schulen die Bildung von Curatorien. Für die höheren Mäzeneschulen ist im Stat eine Summe von 170 000 Mark ausgeworfen. Den Grundsatz, daß die Communen Zuschüsse nach ihrer Leistungsfähigkeit erhalten, darf die Regierung nicht aufzugeben zu Gunsten des Grundstücks, nach welchem die Staatszuschüsse bemessen werden nach den Procentfächern, welche die Gemeinden selber zu den Schülern aufzubringen. Das hieße den reichen Gemeinden auf Kosten der armen Vortheile zuwenden.

Oberbürgermeister Schmieding schließt sich im wesentlichen den Ausführungen Strümanns an.

Bei den Ausgaben für das Institut für Infektionskrankheiten empfiehlt Frhr. v. Duran die Schaffung einer homöopathischen Abteilung.

Minister Graf Seelitz will die Sache in Erwägung ziehen, muß aber das Urtheil den Sachverständigen überlassen. Die wissenschaftliche Wichtigkeit der Kochischen Entdeckung ist allgemein anerkannt; ihr therapeutischer Werth wird ein bedeutender werden, wenn es erst gelungen sein wird, den wirkenden Stoff rein darzustellen, wozu Professor Koch bald im Stande zu sein hofft. Um die homöopathische Methode einzuführen, sollte Freiherr v. Duran sich an die zukünftige Leitung des Instituts wenden. (Heiterkeit.) Das meine ich wirklich ernsthaft. Ich glaube, daß es ganz gut möglich ist, auf die homöopathische Heilform, wenn sie überhaupt richtig ist — denn der homöopathischen Methode fehlt es bisher an der absoluten Zuverlässigkeit in Bezug auf die Beobachtung und Heilwirkung — bei diesem Institut Rücksicht zu nehmen. Die Regierung glaubt sich auf durchaus richtigen Wege, wenn sie in diesem Institut allen Richtungen der Wissenschaft freie Bahn läßt, um jede an das Institut herantretende Heilform in ihren Grundlagen zu erforschen.

Frhr. v. Duran dankt dem Minister für die Erklärung. Die Initiative der Regierung würde aber viel wirklicher sein, als wenn er sich mit Professor Koch verbände.

Beim Extraordinarium des Stats berichtet Referent v. Pfuel über die im Abgeordnetenhaus abgelehnte, den neuen Dombau in Berlin betreffende Forderung.

Graf Biezen-Schwerin bezeichnet den Berliner Dombau als die Eindlung einer Ehrenschuld gegen den verstorbenen Kaiser Wilhelm. Es wird im Lande aber einen üblen Eindruck machen, wenn ein Dom für 10 Millionen gebaut wird und man rings umher die Kirchenhöfe bestehen läßt. Redner appelliert an die Regierung, hier Abhilfe zu schaffen.

Minister Graf Seelitz: Beim Dombau sind die Wünsche der beiden verstorbenen Kaiser zu berücksichtigen und auch der Umstand, daß in dem Gebäude eine Ruhestätte für das Geschlecht der Hohenzollern geschaffen werden soll. Bejüngster der Kirchenbauten ist von allerhöchster Stelle sehr viel geschehen; seit dem Regierungsantritt des jetzigen Kaisers sind 23 Kirchen gegründet bzw. fertiggestellt worden.

Das Statsgesetz und der Stat werden genehmigt.

Es folgt die Berathung der vom Oberbürgermeister Präsidente eingebrochenen Resolutionen, welche die Reform der Perlonentarie und die Einführung von Stafftarifen für den Güterverkehr betreffen.

Oberbürgermeister Präsidente zieht mit Rücksicht auf die Geschäftstage und die gestern vom Finanzminister abgegebenen Erklärungen die erste Resolution zurück und führt zur Begründung der zweiten Folgendes aus: Die Eisenbahntarife seien zu hoch für den Transport auf weitere Entfernung, deshalb sei auch die Menge der Transporte auf Entfernung über 300 Kilometer in Deutschland eine sehr geringe. Das liege an der Anwendung eines falschen Tarifsystems, welches lediglich nach der Entfernung schematisch gleich aufgestellt sei. Für den Güterverkehr empfiehlt sich eine Erneuerung der Tarife besonders im Interesse des Betriebes, welches jetzt auf den unzureichenden Wasserwege angewiesen sei. Dem Osten und dem Westen gleichmäßig würde ein niedrigerer Tarif für Getreide zu gute kommen. Ein Vergleich mit anderen Ländern zeige, daß wir weit höhere Gütertarife haben als jene. So sei unser Tarif für den Waggon Weizen um 232 Mk. höher als in Russland, ein Umstand, der die Konkurrenz Russlands überaus erleichtere. Eine Herabsetzung der Tarife würde der Eisenbahnverwaltung selbst zu gute kommen, da mehr Transporte mittels der Eisenbahnen befürwortet werden würden. Man würde dann auch auf das bestehende System der Ausnahmetarife verzichten können, deren Benutzung sehr schwierig sei und oft zu Ungerechtigkeiten führe. Ein fernerer Vortheil der Einführung des Stafftarifs würde die Befestigung der jetzt herrschenden Benachtheitigung des Ostens zu Gunsten des Westens sein. Unsere Eisenbahnverwaltung bause sich auf kaufmännischer Grundlage auf, nur in einer Beziehung mache sie eine Ausnahme, sie gewähre keinen Rabatt, ihre Tarife seien schematisch ausgebildet. Die Einführung des Stafftarifs würde die Folge haben, daß 100 000 Tonnen ostdeutschen Weizens in Süddeutschland Absatz finden. Auch die Industrie, namentlich die Holz- und oberschlesische Hüttenindustrie würde sich dadurch heben.

Ministerialdirektor Fleck: Die kilometrische Frequenz im Güterverkehr hat sich von 1879 bis 1890 auf den preußischen Staatsbahnen um etwa 50 Proc. gehoben, ein Resultat, welches kein anderer großer Eisenbahncomplex zu verzeichnen hat. Es sind ferner im Laufe der Zeit Tarifermäßigungen und Verkehrsleichterungen eingeführt worden, welche in einer Postkarte mit einem Jahresbetrag von nahezu 100 Mill. berechnet sind. Die Regierung kann, da der Antrag erst gestern vorgelegt ist, dessen finanzielle Tragweite nicht übersehen und deshalb keine bestimmte Stellung nehmen. Es empfiehlt sich höchstens die Ueberweisung des Antrages als Material.

Graf Mirbach schließt sich diesem Antrage an, welcher vom Hause angenommen wird.

Nächste Sitzung: Sonnabend.

Deutschland.

■ Berlin, 19. Juni. Wie wir seinerzeit gemeldet haben, hatte der preußische Minister für Handel und Gewerbe den Verband keramischer Gewerke in Deutschland aufgefordert, zur Belehrung der Steuerbeamten in polizeitechnischen auf die Keramik bezüglichen Fragen eine keramisch-technologische Sammlung zu veranstalten und dem Ministerium zur Verwendung zu übergeben. Da es sich herausstellte, daß es nicht möglich war, Scherben von allen für die Steuerbehörden in Betracht zu ziehenden Topfgeschirren zu erhalten, hat sich der genannte Verband darauf beschränkt, dasjenige Topfgeschirre aufzunehmen, welches in den gegen Österreich gelegenen Grenzbezirken hergestellt und auf den Export nach Österreich gebracht wird. Die Scherben sind zu diesem Zwecke nunmehr gesammelt und werden zusammengefüllt, so daß die Sammlung in nächster Zeit dem Handelsministerium übergeben werden kann.

* [Graf Waldersee] ist vom Kaiser eingeladen worden, ihn am 28. Juni auf der Fahrt nach Helgoland zu begleiten.

* [Zulassung der Nedemtoristen.] Der Bericht des "Reichsanzeigers" über die gestrige Sitzung des Bundesrats erwähnt der Einbringung des bairischen Antrags wegen Zulassung der Nedemtoristen, der dem Justizausschuss überwiesen sein soll, mit keiner Silbe.

* [Rohreisenproduktion.] Nach den statistischen Ermittlungen des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller belief sich die Rohreisenproduktion des deutschen Reiches (einschließlich Luxemburgs) im Monat Mai 1891 auf 354 010 To.; darunter

Puddelrohren und Spiegeleisen 146 275 Tonnen, Bessemerrohren 33 237 To., Thomasrohren 133 193 To. und Gießereirohren 41 305 To. Die Produktion im Mai 1890 betrug 400 234 To., im April 1891 354 350 Tonnen. Vom 1. Januar bis 31. Mai 1891 wurden produziert 1 758 293 Tonnen gegen 1 951 731 To. im gleichen Zeitraum des Vorjahrs.

Vorarlberg schließt sich im wesentlichen den Ausführungen Strümanns an.

Bei den Ausgaben für das Institut für Infektionskrankheiten empfiehlt Frhr. v. Duran die Schaffung einer homöopathischen Abteilung.

Minister Graf Seelitz will die Sache in Erwägung ziehen, muß aber das Urtheil den Sachverständigen überlassen. Die wissenschaftliche Wichtigkeit der Kochischen Entdeckung ist allgemein anerkannt; ihr therapeutischer Werth wird ein bedeutender werden, wenn es erst gelungen sein wird, den wirkenden Stoff rein darzustellen, wozu Professor Koch bald im Stande zu sein hofft. Um die homöopathische Methode einzuführen, sollte Freiherr v. Duran sich an die zukünftige Leitung des Instituts wenden. (Heiterkeit.) Das meine ich wirklich ernsthaft. Ich glaube, daß es ganz gut möglich ist, auf die homöopathische Heilform, wenn sie überhaupt richtig ist — denn der homöopathischen Methode fehlt es bisher an der absoluten Zuverlässigkeit in Bezug auf die Beobachtung und Heilwirkung — bei diesem Institut Rücksicht zu nehmen. Die Regierung glaubt sich auf durchaus richtigen Wege, wenn sie in diesem Institut allen Richtungen der Wissenschaft freie Bahn läßt, um jede an das Institut herantretende Heilform in ihren Grundlagen zu erforschen.

Frhr. v. Duran dankt dem Minister für die Erklärung. Die Initiative der Regierung würde aber viel wirklicher sein, als wenn er sich mit Professor Koch verbände.

Beim Extraordinarium des Stats berichtet

Referent v. Pfuel über die im Abgeordnetenhaus

abgelehnte, den neuen Dombau in Berlin betreffende Forderung.

Graf Biezen-Schwerin bezeichnet den Berliner Dombau als die Eindlung einer Ehrenschuld gegen den verstorbenen Kaiser Wilhelm. Es wird im Lande aber einen üblen Eindruck machen, wenn ein Dom für 10 Millionen gebaut wird und man rings umher die Kirchenhöfe bestehen läßt. Redner appelliert an die Regierung, hier Abhilfe zu schaffen.

Minister Graf Seelitz: Beim Dombau sind die Wünsche der beiden verstorbenen Kaiser zu berücksichtigen und auch der Umstand, daß in dem Gebäude eine Ruhestätte für das Geschlecht der Hohenzollern geschaffen werden soll. Bejüngster der Kirchenbauten ist von allerhöchster Stelle sehr viel geschehen; seit dem Regierungsantritt des jetzigen Kaisers sind 23 Kirchen gegründet bzw. fertiggestellt worden.

Das Statsgesetz und der Stat werden genehmigt.

Es folgt die Berathung der vom Oberbürgermeister Präsidente eingebrochenen Resolutionen, welche die Reform der Perlonentarie und die Einführung von Stafftarifen für den Güterverkehr betreffen.

Oberbürgermeister Präsidente zieht mit Rücksicht auf die Geschäftstage und die gestern vom Finanzminister abgegebenen Erklärungen die erste Resolution zurück und führt zur Begründung der zweiten Folgendes aus:

Die Eisenbahntarife seien zu hoch für den Transport auf weitere Entfernung, deshalb sei auch die Menge der Transporte auf Entfernung über 300 Kilometer in Deutschland eine sehr geringe. Das liege an der Anwendung eines falschen Tarifsystems, welches lediglich nach der Entfernung schematisch gleich aufgestellt sei. Für den Güterverkehr empfiehlt sich eine Erneuerung der Tarife besonders im Interesse des Betriebes,

welches jetzt auf den unzureichenden Wasserwege angewiesen sei. Dem Osten und dem Westen gleichmäßig würde ein niedrigerer Tarif für Getreide zu gute kommen. Ein Vergleich mit anderen Ländern zeige, daß wir weit höhere Gütertarife haben als jene. So sei unser Tarif für den Waggon Weizen um 232 Mk. höher als in Russland, ein Umstand, der die Konkurrenz Russlands überaus erleichtere. Eine Herabsetzung der Tarife würde der Eisenbahnverwaltung selbst zu gute kommen, da mehr Transporte mittels der Eisenbahnen befürwortet werden würden. Man würde dann auch auf das bestehende System der Ausnahmetarife verzichten können, deren Benutzung sehr schwierig sei und oft zu Ungerechtigkeiten führe. Ein fernerer Vortheil der Einführung des Stafftarifs würde die Befestigung der jetzt herrschenden Benachtheitigung des Ostens zu Gunsten des Westens sein. Unsere Eisenbahnverwaltung bause sich auf kaufmännischer Grundlage auf, nur in einer Beziehung mache sie eine Ausnahme, sie gewähre keinen Rabatt, ihre Tarife seien schematisch ausgebildet. Die Einführung des Stafftarifs würde die Folge haben, daß 100 000 Tonnen ostdeutschen Weizens in Süddeutschland Absatz finden. Auch die Industrie, namentlich die Holz- und oberschlesische Hüttenindustrie würde sich dadurch heben.

Ministerialdirektor Fleck: Die kilometrische Frequenz im Güterverkehr hat sich von 1879 bis 1890 auf den preußischen Staatsbahnen um etwa 50 Proc. gehoben, ein Resultat, welches kein anderer großer Eisenbahncomplex zu verzeichnen hat. Es sind ferner im Laufe der Zeit Tarifermäßigungen und Verkehrsleichterungen eingeführt worden, welche in einer Postkarte mit einem Jahresbetrag von nahezu 100 Mill. berechnet sind. Die Regierung kann, da der Antrag erst gestern vorgelegt ist, dessen finanzielle Tragweite nicht übersehen und deshalb keine bestimmte Stellung nehmen. Es empfiehlt sich höchstens die Ueberweisung des Antrages als Material.

Graf Mirbach schließt sich diesem Antrage an, welcher vom Hause angenommen wird.

Nächste Sitzung: Sonnabend.

Nach einer kurzen Discussion wurde nachstehende Resolution angenommen:

"Die gegenwärtigen hohen Getreidepreise stellen im Verein mit der Theuerung anderer wichtiger Lebensmittel und vielfach schwierigen Erwerbsverhältnissen eine ernsthafte Gefahr für die Volksnahrung dar und machen die Aufhebung der Getreidezölle zu einer dringenden Nothwendigkeit."

Schweiz.

Bern, 19. Juni. Der Nationalrat hat mit 70 gegen 64 Stimmen die Amnestie der wegen der Tessiner Unruhen vom September 1890 und Februar 1891 Bestraften ausgesprochen. Demnächst wird sich der Ständerat mit dem gleichen Gegenstand beschäftigen. (W. L.)

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 19. Juni. [Herrenhaus.] Ohne Debatte erhielt das Herrenhaus der Vorlage betreffend die Verlängerung der Ründigungsfrist des österreichisch-italienischen Handelsvertrags auf ein Jahr seine Zustimmung, ebenso der Generalrat der Brüsseler Antislavereiconferenz. Godann wurde ebenfalls debatlos das Budgetprovisorium bis Ende des Juli angenommen. (W. L.)

England.

London, 19. Juni. [Unterhaus.] Der erste Lord des Schatzes, Smith, zog die industrielle Sicherheits-Bill zurück, welche die Kontrolle über die Unterstützungs-Genossenschaften verschärft. Der Staatssekretär des Innern, Matthews, erklärt sich mit dem gestrigen Besluß des Hauses bezüglich des Amendements Buglons zu der Fabrik- und Werkstättenbill einverstanden. (W. L.)

Spanien.

Lissabon, 18. Juni. Gegenüber den in Paris und London circulierenden Gerüchten bezüglich der Couponzahlung für portugiesische Werthe wurde heute der Gouverneur der portugiesischen Genossenschaften, versicherte, daß die Einführung großer Unterschätzungen vermieden werden könnten. Die Einführungsszeit (drei Tage) sei mit Rücksicht auf die Zahl der einzuholenden Personen zu kurz. Die Mitglieder der Commission hätten sich mit den Vorschlägen des Dorsithen nicht einverstanden und die für die Beleidigung der Angeklagten seien in 13 Fällen der begangenen Beleidigung schuldig erkannt. Der Vorwurf, daß die Einführungsscommission bewußt oder unbewußt parteilich gehandelt oder bewußt zu niedrig eingeschätzt habe, sei als begründet nicht erwiesen. Das Urtheil anerkenn die Schwierigkeiten der Ermittlung des Einkommens, bemerkte aber, daß bei einer gründlichen Einschätzung große Unterschätzungen vermieden werden könnten. Die Einführungsszeit (drei Tage) sei mit Rücksicht auf die Zahl der einzuholenden Personen zu kurz. Die Mitglieder der Commission hätten sich mit den Vorschlägen des Dorsithen nicht einverstanden und die für die Beleidigung der Angeklagten seien in 13 Fällen der begangenen Beleidigung schuldig erkannt. Der Vorwurf, daß die Einführungsscommission bewußt oder unbewußt parteilich gehandelt oder bewußt zu niedrig eingeschätzt habe, sei als begründet nicht erwiesen. Das Urtheil anerkenn die Schwierigkeiten der Ermittlung des Einkommens, bemerkte aber, daß bei einer gründlichen Einschätzung große Unterschätzungen vermieden werden könnten. Die Einführungsszeit (drei Tage) sei mit Rücksicht auf die Zahl der einzuholenden Personen zu kurz. Die Mitglieder der Commission hätten sich mit den Vorschlägen des Dorsithen nicht einverstanden und die für die Beleidigung der Angeklagten seien in 13 Fällen der begangenen Beleidigung schuldig erkannt. Der Vorwurf, daß die Einführungsscommission bewußt oder unbewußt parteilich gehandelt oder bewußt zu niedrig eingeschätzt habe, sei als begründet nicht erwiesen. Das Urtheil anerkenn die Schwierigkeiten der Ermittlung des Einkommens, bemerkte aber, daß bei einer gründlichen Einschätzung große Unterschätzungen vermieden werden könnten. Die Einführungsszeit (drei Tage) sei mit Rücksicht auf die Zahl der einzuholenden Personen zu kurz. Die Mitglieder der Commission hätten sich mit den Vorschlägen des Dorsithen nicht einverstanden und die für die Beleidigung der Angeklagten seien in 13 Fällen der begangenen Beleidigung schuldig erkannt. Der Vorwurf, daß die Einführungsscommission bewußt oder unbewußt parteilich gehandelt oder bewußt zu niedrig eingeschätzt habe, sei als begründet nicht erwiesen. Das Urtheil anerkenn die Schwierigkeiten der Ermittlung des Einkommens, bemerkte aber, daß bei einer gründlichen Einschätzung große Unterschätzungen vermieden werden könnten. Die Einführungsszeit (drei Tage) sei mit Rücksicht auf die Zahl der einzuholenden Personen zu kurz. Die Mitglieder der Commission hätten sich mit den Vorschlägen des Dorsithen nicht einverstanden und die für die Beleidigung der Angeklagten seien in 13 Fällen der begangenen Beleidigung schuldig erkannt. Der Vorwurf, daß die Einführungsscommission bewußt oder unbewußt parteilich gehandelt oder bewußt zu niedrig eingeschätzt habe, sei als begründet nicht erwiesen. Das Urtheil anerkenn die Schwierigkeiten der Ermittlung des Einkommens, bemerkte aber, daß bei einer gründlichen Einschätzung große Unterschätzungen vermieden werden könnten. Die Einführungsszeit (drei Tage) sei mit Rücksicht auf die Zahl der einzuholenden Personen zu kurz. Die Mitglieder der Commission hätten sich mit den Vorschlägen des Dorsithen nicht einverstanden und die für die Beleidigung der Angeklagten seien in 13 Fällen der begangenen Beleidigung schuldig erkannt. Der Vorwurf, daß die Einführungsscommission bewußt oder unbewußt parteilich gehandelt oder bewußt zu niedrig eingeschätzt habe, sei als begründet nicht erwiesen. Das Urtheil anerkenn die Schwierigkeiten der Ermittlung des Einkommens, bemerkte aber, daß bei einer gründlichen Einschätzung große Unterschätzungen vermieden werden könnten. Die Einführungsszeit (drei Tage) sei mit Rücksicht auf die Zahl der einzuholenden Personen zu kurz. Die Mitglieder der Commission hätten sich mit den Vorschlägen des Dorsithen nicht einverstanden und die für die Beleidigung der Angeklagten seien in 13 Fällen der begangenen Beleidigung schuldig erkannt. Der Vorwurf, daß die Einführungsscommission bewußt oder unbewußt parteilich gehandelt oder bewußt zu niedrig eingeschätzt habe, sei als begründet nicht erwiesen. Das Urtheil anerkenn die Schwierigkeiten der Ermittlung des Einkommens, bemerkte aber, daß bei einer gründlichen Einschätzung große Unterschätzungen vermieden werden könnten. Die Einführungsszeit (drei Tage) sei mit Rücksicht auf die Zahl der einzuholenden Personen zu kurz. Die Mitglieder der Commission hätten sich mit den Vorschlägen des Dorsithen nicht einverstanden und die für die Beleidigung der Angeklagten seien in 13 Fällen der begangenen Beleidigung schuldig erkannt. Der Vorwurf, daß die Einführungsscommission bewußt oder unbewußt parteilich gehandelt oder bewußt zu niedrig eingeschätzt habe, sei als begründet nicht erwiesen. Das Urtheil anerkenn die Schwierigkeiten der Ermittlung des Einkommens, bemerkte aber, daß bei einer gründlichen Einschätzung große Unterschätzungen vermieden werden könnten. Die Einführungsszeit (drei Tage) sei mit Rücksicht auf die Zahl der einzuholenden Personen zu kurz. Die Mitglieder der Commission hätten sich mit den Vorschlägen des Dorsithen nicht einverstanden und die für die Beleidigung der Angeklagten seien in 13 Fällen der begangenen Beleidigung schuldig erkannt. Der Vorwurf, daß die Einführungsscommission bewußt oder unbewußt parteilich gehandelt oder bewußt zu niedrig eingeschätzt habe, sei als begründet nicht erwiesen. Das Urtheil anerkenn die Schwierigkeiten der Ermittlung des Einkommens, bemerkte aber, daß bei einer gründlichen Einschätzung große Unterschätzungen vermieden werden könnten. Die Einführungsszeit (drei Tage) sei mit Rücksicht auf die Zahl der einzuholenden Personen zu kurz. Die Mitglieder der Commission hätten sich mit den Vorschlägen des Dorsithen nicht einverstanden und die für die Beleidigung der Angeklagten seien in 13 Fällen der begangenen Beleidigung schuldig erkannt. Der Vorwurf, daß die Einführungsscommission bewußt oder unbewußt parteilich gehandelt oder bewußt zu niedrig eingeschätzt habe, sei als begründet nicht erwiesen. Das Urtheil anerkenn die Schwierigkeiten der Ermittlung des Einkommens, bemerkte aber, daß bei einer gründlichen Einschätzung große Unterschätzungen vermieden werden könnten. Die Einführungsszeit (drei Tage) sei mit Rücksicht auf die Zahl der einzuholenden Personen zu kurz. Die Mitglieder der Commission hätten sich mit den Vorschlägen des Dorsithen nicht einverstanden und die für die Beleidigung der Angeklagten seien in 13 Fällen der begangenen Beleidigung schuldig erkannt. Der Vorwurf, daß die Einführungsscommission bewußt oder unbewußt parteilich gehandelt oder bewußt zu niedrig eingeschätzt habe, sei als begründet nicht erwiesen. Das Urtheil anerkenn die Schwierigkeiten der Ermittlung des Einkommens, bemerkte aber, daß bei einer gründlichen Einschätzung große Unterschätzungen vermieden werden könnten. Die Einführungsszeit (drei Tage) sei mit Rücksicht auf die Zahl der einzuholenden Personen zu kurz. Die Mitglieder der Commission hätten sich mit den Vorschlägen des

loren achtet, denn zur Verschwendung will ich nichts gehort haben!

Polizeibericht vom 20. Juni. Verhaftet: 14 Personen, darunter 1 Uhrmacher, 1 Witwe, 1 Junge, 1 Arbeiter wegen Diebstahls, 1 Commis wegen Mifchandlung, 4 Dabachlose, 1 Betrunkenar. Gestohlen: eine goldene Damen-Remontiruhr mit kurzer goldenen Kette, 1 Korallenkette, 1 Portemonnaie, enthaltend 18 Mk. — Gefunden: ist eine Ledertasche auf der Chaussee nach Karczemien, enthaltend 1 Portemonnaie mit 3 Ps., 1 Paar schwarze Glacehandschuhe, einige Schlüssel, 1 weißes Taschentuch, gez. E. G. und ein silberner Aufstiegsschlüssel auf dem 3. Damme ein grüner Beutel mit einer Haar-Nadel, abzuholen von der Polizei-Direction; auf dem Wege nach Schladahl in E. Boppo. 19. Juni. Dem Bedürfnish nach einer öffentlichen Uhr hier selbst wird durch Anbringung einer solchen im Gebiet des neuen Postgebäudes in der Schulstraße, nahe dem Markt, Rechnung getragen werden. Die Uebersiedelung der Postbehörde in das geräumige schöne Haus findet am 1. Juli statt.

- **E. Elbing.** 19. Juni. Dem Bedürfnish nach einer öffentlichen Uhr hier selbst wird durch Anbringung einer solchen im Gebiet des neuen Postgebäudes in der Schulstraße, nahe dem Markt, Rechnung getragen werden. Die Uebersiedelung der Postbehörde in das geräumige schöne Haus findet am 1. Juli statt.

Colonia macht sich schon seit Jahren das dringende Bedürfnish nach einer eigenen Kirche geltend. Es ist auch bereits eine Landsäule von $\frac{1}{2}$ Morgen für 4000 Mk. erstanden und der Bau einer Kirche und eines Pfarrhauses, wie die Anlage eines neuen Kirchhofes auf diesem Platze projectirt. Indeh ist die arme Gemeinde außer Stande, die nothwendigen Kosten aufzubringen. Die Unterstüttungen aus dem Gustav Adolf-Verein reichen ebenfalls nicht zu. — Die Regulirungsarbeiten an der Thiene werden nach 2-3 Wochen eingestellt werden, weil die beteiligten Gemeinden die hohen Deithabgaben nicht mehr erschwingen können, und die Mittel zur Weiterführung der Arbeiten ausgehen. Die für dieses Jahr geplante Erhöhung des rechtsseitigen Thienedamms von Krebswalde bis zur Mündung wird für das nächste Jahr zurückgestellt. Desgleichen muss vorläufig von einer Verbreiterung der unteren Thiene bis auf 4 Mr. absehen werden. Die Riebungsorchaften sind leider abermals in sehr ungünstiger Lage. Die Heuernte bleibt hinter der Mittelmöglichkeit zurück. Die Bichweiden sind knapp; das Rohr, welches sonst per Schotz 3 Mk. abwärts, ist zum großen Theile erfroren.

Könitz. 19. Juni. Das Dienstmädchen Roslinska von hier, welches im Jahre 1883 von den hiesigen Schwurgerichten wegen Mordes zum Tode verurtheilt war, welches Urtheil aber in lebenslängliche Zuchthausstrafe verwandelt wurde, ist unter dem 10. Juni 1891 durch allerhöchste Obrigkeit vollständig begnadigt worden und demnöfösig aus der Strafanstalt zu Jordon, in welcher die Acht Jahre gebüßt hat, entlassen worden.

- **Von der Thiene.** 19. Juni. Der Bau der Eisenbahn Marienburg-Christburg wird recht rüdig gefördert. An drei Punkten, bei Christburg, Schrop und Igeln, ist die Arbeit gleichzeitig aufgenommen worden. Bei dem hügelreichen Dorfe Igeln (Kreis Stuhm) muss man thatsächlich die Berge in die Gründe bringen, um den Eisenbahndamm herstellen zu können. Die Arbeit an der Chaussee, die Altmark mit Potsdam verbinden soll, ruht in diesem Jahre bis dahin ganz, und doch soll die Strecke zum 1. Oktober d. J. dem Verkehr übergeben werden. Wenn dann noch eine voraussichtlich über Marpitz führende Chaussee Altmark mit Christburg verbinden wird, werden auch verschiedene Gegenen des Stuhmer Kreises nicht zeitweise so sehr von dem Verkehr abgeschnitten sein, wie das bisher der Fall war. — Auch im kleinen Marienburger Werder und mehr noch auf den angrenzenden Höhen haben die Sommerlaufen durch die helle Witterung sehr gelitten. Auf der Höhe seien Felder aus, als ob die Spitzen der halme vom Feuer verjengt seien. Das bekanntlich der Hölle mehr Widerstand entgegensehende Unkraut überwuchert auf vielen Feldern die Saat.

- **Christburg.** 19. Juni. Die Anfertigung des Anschlages zum Bau eines Schlachthauses ist dem Regierungsbaumeister und Stadtrath Osthoff in Berlin übertragen worden, von welchem ein Vorprojekt nebst Zeichnung zur Prüfung hierher gesandt worden ist. Nach diesem und dem vorläufigen Anschlage belaufen sich die Kosten auf rund 28 000 Mk. Diese Angelegenheit soll nunmehr so schnell befördert werden, daß mit den Erbärbarten noch in diesem Herbst begonnen werden kann. Die Klärung der Abwasserleitung soll nach dem System Friedrich u. Gleiss in Leipzig erfolgen. — Der heutige Pferdemarkt war sehr stark besucht, und es waren hauptsächlich gute Wagen- und Arbeitspferde vertreten. Die Preise waren steigend und der Handel stott; Lugs- und gute Reitpferde waren weniger vertreten, was darauf zurückzuführen ist, daß morgen Remontemarkt hier stattfindet. Der Viehmarkt war weniger gut besucht. Der Markt wurde aber vollständig geräumt.

Marienwerder. 20. Juni. Das Abschiedsgesuch des hiesigen Regierungspräsidenten, Herrn Freiherrn v. Massenbach, ist genehmigt worden; mit dem heutigen Tage tritt derselbe von seinem Amt zurück. Im Laufe des heutigen Vormittags verabschiedete er sich zunächst von den Gubaltern und sodann von den höheren Beamten der kgl. Regierung. Die Letzteren widmen ihm ein Erinnerungsgeschenk. Um 5 Uhr Nachmittags findet im Cäcilienhof ein Abschiedessen von etwa 130 Gedekten statt, an welchem auch die sämtlichen Landräthe des Bezirks teilnehmen.

* **Graudenz.** 20. Juni. Zu dem hiesigen Stadtjubiläum sind dem Magistrat auch von den städtischen Behörden zu Kulin und Thorn Adressen übermittelt worden. Die Thorner Adresse ist von einem Album begleitet, welches in sechs Carton-tafeln mit photographischen Copien interessanter historischer Urkunden des dortigen Stadtarchivs besteht. In der gestrigen Verfammlung der Ordner des großen Zeitung zum Sonntag machte der Vorsthende, Stadtpräfekt Polski, die Mitteilung, daß im Auftrage des Kaisers, welcher von dem Fest Kenntnis genommen hat, ein Vertreter der Regierung am Sonntag Vormittag in gemeinschaftlicher Sitzung des Magistrats und der Stadtverordneten sich eines allerhöchsten Austrages empfiedigen wird.

Braunsberg. 20. Juni. Ein tragischer Vorfall hat sich am gestrigen Tage in Klingenbergs ereignet. Der Sohn des Besitzers und Amtsverstehers Fog ritt mit dem Knecht Weinberg Pferde in die Schwemme. Weinberg fiel in den kaum 20 Quadratfuß großen Teich und versank. Franz Fog, der ihn zur Rettung beispringen wollte, wurde jedoch gleichfalls von dem in seiner Todesangst ihn umklammernden Weinberg unter das Wasser gezogen. Beide ertranken, ehe ihnen Hilfe gebracht werden konnte. (Br. Arsl.)

Königsberg. 19. Juni. Dem Beschluß der Stadtverordnetenversammlung, betreffend die Petition wegen Suspensions und Aufhebung der Getreidezölle, ist der Magistrat beigetreten. (R. H. J.)

Vermischte Nachrichten.

Magdeburg. 18. Juni. Dr. Böckel, Prediger mehrerer freier Gemeinden in der Provinz Sachsen und in Thüringen und Herausgeber eines freireligiösen Sonntagsblattes ist von hier nach Zürich gegangen, nachdem er wegen zweier Reben zu je 6 Monaten Gefängnis verurtheilt war.

* **[Gefundene Kometen.]** Auf der Wiener Sternwarte ist es, wie das „A. Wien. Tageblatt“ mitteilt, in letzter Zeit gelungen, zwei in des Wortes eigentlicher Bedeutung aus dem Gesichtskreis der verschwundenen, nämlich den Kometen „Wolf“ und den Kometen „1889 I“, wieder aufzufinden. Es wurde dies mit Hilfe jenes sogenannten siebenundzwanzigjährigen Refractors bewerkstelligt, welchen die Wiener Sternwarte besitzt.

Telegramme der Danziger Zeitung.

(Nach Schluss der Redaktion eingegangen.)

Berlin. 20. Juni. (Privattelegramm.) Das Herrenhaus nahm heute das Wildschabengesetz nach den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses an. Es erfolgt nunmehr heute Nachmittag der

Schluss des Landtages.

Berlin. 20. Juni. (Tel.) Bei der heute Vormittags fortgesetzten Sitzung der vierten Klasse der 184. preußischen Klassentotterie fielen:

1 Gewinn von 75 000 Mk. auf Nr. 140 922.

3 Gewinne von 10 000 Mk. auf Nr. 3837 17 552 118 712.

4 Gewinne von 5000 Mk. auf Nr. 7593 50 614 115 764 155 490.

43 Gewinne von 3000 Mk. auf Nr. 2608 7000 8631 11 372 14 537 21 704 24 389 30 015 30 419 35 844 50 239 50 348 52 583 59 867 63 007 71 223 76 086 87 748 91 457 94 641 95 398 103 040 110 904 112 547 112 619 113 568 117 259 121 857 126 869 130 061 136 976 137 198 140 291 147 095 149 493 155 496 160 639 168 825 169 658 175 479 176 203 179 109 185 096.

41 Gewinne von 1500 Mk. auf Nr. 2222 15 243 18 539 26 320 27 588 32 151 32 453 32 613 40 599 41 312 44 428 45 410 48 289 64 653 64 773 64 853 73 938 74 239 74 449 76 197 83 838 90 576 100 321 107 434 107 697 116 083 124 635 135 427 139 585 141 467 143 621 148 254 153 682 159 476 162 290 173 005 177 547 177 560 183 699 184 580 186 794.

4 Gewinne von 1000 Mk. auf Nr. 140 922.

3 Gewinne von 10 000 Mk. auf Nr. 3837 17 552 118 712.

4 Gewinne von 5000 Mk. auf Nr. 7593 50 614 115 764 155 490.

43 Gewinne von 3000 Mk. auf Nr. 2608 7000 8631 11 372 14 537 21 704 24 389 30 015 30 419 35 844 50 239 50 348 52 583 59 867 63 007 71 223 76 086 87 748 91 457 94 641 95 398 103 040 110 904 112 547 112 619 113 568 117 259 121 857 126 869 130 061 136 976 137 198 140 291 147 095 149 493 155 496 160 639 168 825 169 658 175 479 176 203 179 109 185 096.

41 Gewinne von 1500 Mk. auf Nr. 2222 15 243 18 539 26 320 27 588 32 151 32 453 32 613 40 599 41 312 44 428 45 410 48 289 64 653 64 773 64 853 73 938 74 239 74 449 76 197 83 838 90 576 100 321 107 434 107 697 116 083 124 635 135 427 139 585 141 467 143 621 148 254 153 682 159 476 162 290 173 005 177 547 177 560 183 699 184 580 186 794.

4 Gewinne von 1000 Mk. auf Nr. 140 922.

3 Gewinne von 10 000 Mk. auf Nr. 3837 17 552 118 712.

4 Gewinne von 5000 Mk. auf Nr. 7593 50 614 115 764 155 490.

43 Gewinne von 3000 Mk. auf Nr. 2608 7000 8631 11 372 14 537 21 704 24 389 30 015 30 419 35 844 50 239 50 348 52 583 59 867 63 007 71 223 76 086 87 748 91 457 94 641 95 398 103 040 110 904 112 547 112 619 113 568 117 259 121 857 126 869 130 061 136 976 137 198 140 291 147 095 149 493 155 496 160 639 168 825 169 658 175 479 176 203 179 109 185 096.

41 Gewinne von 1500 Mk. auf Nr. 2222 15 243 18 539 26 320 27 588 32 151 32 453 32 613 40 599 41 312 44 428 45 410 48 289 64 653 64 773 64 853 73 938 74 239 74 449 76 197 83 838 90 576 100 321 107 434 107 697 116 083 124 635 135 427 139 585 141 467 143 621 148 254 153 682 159 476 162 290 173 005 177 547 177 560 183 699 184 580 186 794.

4 Gewinne von 1000 Mk. auf Nr. 140 922.

3 Gewinne von 10 000 Mk. auf Nr. 3837 17 552 118 712.

4 Gewinne von 5000 Mk. auf Nr. 7593 50 614 115 764 155 490.

43 Gewinne von 3000 Mk. auf Nr. 2608 7000 8631 11 372 14 537 21 704 24 389 30 015 30 419 35 844 50 239 50 348 52 583 59 867 63 007 71 223 76 086 87 748 91 457 94 641 95 398 103 040 110 904 112 547 112 619 113 568 117 259 121 857 126 869 130 061 136 976 137 198 140 291 147 095 149 493 155 496 160 639 168 825 169 658 175 479 176 203 179 109 185 096.

41 Gewinne von 1500 Mk. auf Nr. 2222 15 243 18 539 26 320 27 588 32 151 32 453 32 613 40 599 41 312 44 428 45 410 48 289 64 653 64 773 64 853 73 938 74 239 74 449 76 197 83 838 90 576 100 321 107 434 107 697 116 083 124 635 135 427 139 585 141 467 143 621 148 254 153 682 159 476 162 290 173 005 177 547 177 560 183 699 184 580 186 794.

4 Gewinne von 1000 Mk. auf Nr. 140 922.

3 Gewinne von 10 000 Mk. auf Nr. 3837 17 552 118 712.

4 Gewinne von 5000 Mk. auf Nr. 7593 50 614 115 764 155 490.

43 Gewinne von 3000 Mk. auf Nr. 2608 7000 8631 11 372 14 537 21 704 24 389 30 015 30 419 35 844 50 239 50 348 52 583 59 867 63 007 71 223 76 086 87 748 91 457 94 641 95 398 103 040 110 904 112 547 112 619 113 568 117 259 121 857 126 869 130 061 136 976 137 198 140 291 147 095 149 493 155 496 160 639 168 825 169 658 175 479 176 203 179 109 185 096.

41 Gewinne von 1500 Mk. auf Nr. 2222 15 243 18 539 26 320 27 588 32 151 32 453 32 613 40 599 41 312 44 428 45 410 48 289 64 653 64 773 64 853 73 938 74 239 74 449 76 197 83 838 90 576 100 321 107 434 107 697 116 083 124 635 135 427 139 585 141 467 143 621 148 254 153 682 159 476 162 290 173 005 177 547 177 560 183 699 184 580 186 794.

4 Gewinne von 1000 Mk. auf Nr. 140 922.

3 Gewinne von 10 000 Mk. auf Nr. 3837 17 552 118 712.

4 Gewinne von 5000 Mk

Die Geburt eines Mädchens beehren sich anzugeben
Breslau, den 19. Juni 1891.
W. Schatz und Frau Räthe,
geb. Jost. (1909)

Bekanntmachung.

In unser Register zur Eintragung der Auskunft über die elterliche Gütergemeinschaft unter Kaufleuten ist heute sub Nr. 525 eingetragen, daß der Kaufmann Paul Fisch in Danzig für die Ehe mit Marie Elisabeth Schütz durch Vertrag vom 11. April 1891 die Gemeinschaft der Güter mit der Maßgabe ausgeschlossen hat, daß das von der Ehefrau in die Ehe eingebrachte und während der Ehe erworbene, die Natur des vorbehaltene haben soll. (1906)

Danzig, den 18. Juni 1891.

Königliches Amtsgericht X.

Der Oberherrn Emil Fener, früher in Lautenburg, soll als unbekannten Aufenthaltsort, soll als Zeuge vernommen werden. Ich erfuhr um Angabe seines Aufenthaltsorts den Akten J. 291/91.

Großburg, Wehr. (1925)

den 18. Juni 1891.

Der Königliche Staatsanwalt.

Bekanntmachung.

Zufolge Verfügung vom 16. Juni 1891 ist an demselben Tage in das dientliche Register zur Eintragung der Auskunft über die elterliche Gütergemeinschaft unter Kaufmann Louis Lewinsky hier für seine Ehe mit Bertha (Stebeca) geb. Neuwirth durch Vertrag vom 21. Mai 1891 die Gemeinschaft der Güter und des Erwerbes mit der Bestimmung ausgeschlossen hat, daß Alles, was die Ehefrau in Zukunft erwirbt, sei es selbst durch Erbschaften, Vermächtnisse, Geschenke oder sonstige Glückssäfte, die Natur des vorbehaltene Vermögens haben soll.

Graudenz, den 16. Juni 1891.

Königliches Amtsgericht.

Gümmerliche aus der Stadtbibliothek entliehenen Bücher müssen in den Tagen vom 22. bis 24. Juni cr. zurückgeliefert werden, und zwar von den Entleihern mit den Anfangsbuchstaben A-G am Montag, den 22. Juni, H-S am Dienstag, den 23. Juni, P-Z am Mittwoch, den 24. Juni, widrigfalls sofort kostenpflichtige Mahnung erfolgt.

Vom 25. bis 27. Juni cr. werden keine Bücher ausgegeben.

Vom 4. Juli bis 1. August cr. einschließlich ist die Bibliothek geschlossen. (1582)

Danzig, den 15. Juni 1891.

Der Stadtbibliothekar.

Hansa.

Geschlossene Briefe 2 ₔ.
Drucksachen 1 ₔ.

Während der Badesaison befindet die Hansa auch Drucksachen nach

Zoppot

pro Stück 2 ₔ. (1946)

Ostdeutsches Eisenbahn-Boursbuch, herausgegeben von der Königlichen Eisenbahn-Direction zu Bromberg vom 1. Juni 1891. Preis 50 ₔ.

Danischer Taschen-Boursbuch, Sommer 1891. Preis 15 ₔ.

Fahrpläne auf Carton à 10 ₔ empfiehlt

Danzig. A. W. Hofmann, Verlag von August Hirschwald in Berlin.

Soeben erschienen:

Studien

über die

Geekrankheit von Prof. Dr. D. Rosenbach. 1891. 8°. Preis 1.20 M.

Vorläufig in Danzig in

L. Sauniers Buchhandlung.

Constantin Ziemssen's Bücher Novitäten-Leibauft. Jedes neue Buch von allgemeinem Interesse soll sofort nach Erscheinen in mehreren Exemplaren angekauft werden.

Neuer Haupt-Catalog soeben erschienen. Preis 25 ₔ.

Brockhaus und Webers Conversations-Lexikon, neueste Auflage, auch ältere Auflagen, sind in billigen Preisen vorrätig bei

A. Trosien,

Petersiliegasse 6. (1947)

Lotterie zur Tilsiter Ausstellung - Lotterie à 1 M. 1. Preis zur Weimarschen Kunst-Ausstellungs-Lotterie à 1 M. 1. Lotterie zur Berliner Kunstausstellungs-Lotterie à 1 M. 1. bei Th. Berling, Gerbergasse Nr. 2.

Räucherlachs, Speckflundern täglich frisch aus dem Rauch, empfiehlt und verfende billig.

Edmund Müller,

Geefisch-Handlung,

Weißergasse 17.

Frischen Silberlachs erhalten täglich frische Jufuhr.

Nüben u. Wurstkrautzen empfiehlt Hefz, Schidlin. (1836)

Eine Partie
einzelner Tischtücher, Servietten, Handtücher und Wirthschaftstücher
Rester von Leinen, Hemdentuchen, Piqués, Parchenden und Bettstoffen
für Montag und Dienstag
zum Ausverkauf gestellt.
Gümmerliche Qualitäten sind durchaus tadellos und die Preise ganz außergewöhnlich billig.
Die Besichtigung der zum Ausverkauf gestellten Artikel ist auch Nichtkäufern gern gestattet.
Ganz besonders mache ich die Herren Hotelbesitzer und Restauratoren auf diesen Ausverkauf aufmerksam.

Paul Rudolphy, Danzig, Langenmarkt Nr. 2. (1935)

Bekanntmachung.

Gummabend, den 27. Juni, wird von Seiten der Kasino-Gesellschaft beabsichtigt, bei gutem Wetter eine Seefahrt nach Helgoland zu unternehmen, auf der Rückfahrt in Zoppot anzulegen und dort im Kurhaus ein kleines Tanzfest zu arrangieren.

Die Herrschaften, welche nicht in Zoppot zu bleiben wünschen, können mit dem Dampfer sofort nach Danzig zurückkehren, während die in Zoppot bleibenden die Bahn benutzen.

Abschrift Nachmittags 2 1/2 Uhr vom Johannisthor.

Die Kosten für das Dampfschiff und die Musik übernimmt die Kasino-Kasse.

Reisekarte und Getränke sind auf dem Dampfer zu bekommen.

Die auswärtigen Herren Kasino-Mitglieder werden gebeten, rechtzeitig ihre ev. Theilnahme dem Kasino mitzuheilen.

Der Vergnügungs-Vorstand.

Den Empfang einer neuen Sendung
Nürnberg Doppel-Lagerbier
aus der G. N. Kurz'schen Brauerei,
J. G. Reiff,
zeige hiermit ergeben an und empfehle dasselbe als
anerkannt bestes Gebräu in Gebinden u. Patentflasche.

C. H. Kiesau.

Garten-Aulagen

jeder Art und Größe, entwirft und führt aus, auch einfachlich der Lieferung des gesammten Pflanzenmaterials (6251)

Georg Schnibbe, Danzig.

Schellmühler Weg 3-6.
(Eisenbahnhaltestelle „Neuholland“.)

Preis-Verzeichnisse meiner Handelsgrämer, Baumwolle u. Saamenhandlung, stehen kostentr. i. Diensten.

Die Ziegelei Mattern bei Langfuhr offeriert

Ziegelsteine

in rother Farbe, kalkfrei, handstrich, von vorzüglicher Qualität,

Mittelbrand, Hartbrand,

Berblender und Aliner

franco Baustelle, oder ab Ziegelsei.

Probosteine im Comtoir von A. B. Muscate, Mittschannengasse 1.

Wir machen auf das Fabrikat unserer mechanischen

Nahrungsmittel aufmerksam und offerieren:

Schaubuden, Carrou-sells ic.

verpachtet.

Zu erfragen in den Exped. der

Dirschauer und Neuen Dirschauser Zeitung.

1919

6 eiserne Kippowrys,

12 Karren, 1 Centrifugalpumpe,

1 Feldschmeise, nur wenig ge-

braucht und im besten Zustande,

sind billig zu verkaufen Anker-

schmiedegasse 9. (1775)

Alt - Kupfer,

Messing, Zink, Zinn, Blei ic.

kauft zu höchsten Tagespreisen die Metallschmelze (6549)

G. A. Hoch,

Johannisgasse Nr. 29.

Monogramme

werden sauber, schnell und billig angefertigt Schillgasse 1 Th. 4.

Bohnen-

und Gemengeschrot,

sowie Roggen- und Weizen-

kleie

offerirt billig

Göschauer Wolzenmühle,

S. Anker,

Comtoir Danzig, Vorst. Grab. 25.

30 Stück gute haltene

Drostgebinde

verkauft (1916)

Louis de Beer,

Stadtgebiet 1 bei Danzig.

Gutsverkauf.

Das im Kreise Allenstein be-

legene Rittergut

Tengutten,

ca. 222 Hektar groß, mit durchweg

gutem Kleefähigen, größtenteils

drainirten Boden, vorzüglichem

Grasland, renommiert, vielach-

prämiert Rindvieh u. Schweine-

zucht, ca. 24 Hektar Wald, soll

wegen anderweitiger Unter-

nehmungen des Besitzers verkauft

werden.

Das Gut liegt dicht an der

Chausee, 7 Alm. von der Eisen-

bahnstation Wartenburg entfernt

Bestätigung erwünscht. Fuhr-

werk auf Bestellung in Warten-

burg bereit.

A. Trosien,

Petersiliegasse 6. (1947)

Lotterie zur Tilsiter Ausstellungs-

Lotterie à 1 M. 1.

Preis zur Weimarschen Kunst-

Ausstellungs-Lotterie à 1 M. 1.

Lotterie zur Berliner Kunstaus-

stellungs-Lotterie à 1 M. 1. bei

Th. Berling, Gerbergasse Nr. 2.

Gutsverkauf.

Gülden von 4-Dr. von 492 Mrg.

mit gut. Boden u. Wiesen, dicht

an Chausee u. 3 Klm. Bahnh.

verk. Nähersetzung

ca. 1800 M. Zureisekosten können

bewilligt werden. Meldungen

unter Beifügung von Lebenslauf

und Zeugnissen sind zu richten an

Reimer,

Garnison-Bauinspektor in

Gumbinnen.

Ertheilt ein Arzt

in Danzig Sitzungen in

Sauerstoff - Inhalationen?

Adressen unter Nr. 1837 in der

Exped. dieser Zeitung erbeten.

G. Anker,

Comtoir Danzig, Vorst. Grab. 25.

Exped. dieser Zeitung erbeten.

Eine Partie
einzelner Tischtücher, Servietten, Handtücher und Wirthschaftstücher
Reste von Leinen, Hemdentuchen, Piqués, Parchenden und Bettstoffen
für Montag und Dienstag

zum Ausverkauf gestellt.

Gümmerliche Qualitäten sind durchaus tadellos und die Preise ganz außergewöhnlich billig.

Die Besichtigung der zum Ausverkauf gestellten Artikel ist auch Nichtkäufern gern gestattet.